

Minuten - Konferenz.

n Aussicht genommen. Im V. Bezirke kämen Flächen im Ausmaße von 7400 m² am Margaretengürtel in Betracht.

Der Bezirksvorsteher des V. Bezirkes kaiserl. Rat Porzer habe in einer Eingabe erklärt, daß das Erträgnis in keinem Verhältnisse zu den aufgewendeten Kosten stehen werde, daß ein solches heuer überhaupt nicht, sondern erst im nächsten Jahre zu erwarten sei. Dies sei unrichtig, denn es werde ein sehr bescheidener Ertrag — zirka 25 Prozent dessen, was hineingesteckt wird — herauskommen.

Im X. Bezirke sei eine kleine Fläche von 1500 m² am Bürgerplatz, im X. Bezirke sei eine solche von 2500 m², im Simmeringer Park, im XII. Bezirke eine Fläche am Meidlinger Friedhof und dann eine solche von 1600 m² am Wilhelmsdorfer Platz. Im XIII. Bezirke käme die Gartenanlage um den Penzinger Friedhof und vor dem Steinhof eine Fläche von 2100 m² in Betracht. Im XVIII. Bezirke wäre eine kleine Fläche an der Gersthofenerstraße, im XIX. Bezirke käme der Wertheimsteinpark und im XX. Bezirke eine Fläche am Allerheiligenplatz in Betracht.

Größere Flächen seien dann noch im Reservergarten in Ragnan per 10.000 m² und im Reservergarten Borgartenstraße per 40.000 m², ferner noch Flächen von 4500 m², beziehungsweise von 10.200 m² in der Baumschule in Albern in Betracht zu ziehen. Sämtliche Flächen sollen durch die Stadtgarten-Direktion im eigenen Betriebe angebaut und gepflegt werden.

Was die Schaffung von Beratungsstellen anbelange, habe am 4. März unter dem Vorsitze Sr. Excellenz des Herrn Bürgermeisters die Zusammentretung des Komitees stattgefunden, welches vorbereitend für die Frage des Gemüseanbaues in Wien eingesetzt wurde und unter Zuziehung verschiedener Vereinigungen und Gesellschaften, wie des Landwirtschaftlichen Kafinos, der Vereinigung der Schrebergärtner und der beteiligten Bezirksvorsteher tagte.

Die Aktion der Gemeinde Wien sei freudig begrüßt worden und die Förderung zugesagt worden. Insbesondere habe sich die Vereinigung der Schrebergärtner für die Sache sehr interessiert und versprochen, sich in den Dienst der Sache zu stellen und auf eine Förderung des Gemüseanbaues bei den Mitgliedern hinzuwirken. Auch habe der Stadtrat einen Betrag von 2000 K zur Auszahlung von 200 Prämien an Schrebergärtner bewilligt.

Von größter Wichtigkeit sei die Schaffung von Beratungsstellen. Auf Grund des Aufrufes, den der Herr Bürgermeister Mitte Februar an die Bevölkerung erlassen habe, habe sich in den Kreisen der beteiligten Grund-, Cottage- und Villenbesitzer eine Aktion entwickelt, die scheinbar einen bedeutenden Umfang annehmen dürfte. Es beschäftigten sich mit Kartoffel- und Gemüseanbau Leute, die sich niemals sonst für die Sache interessiert haben, die niemals einen Spaten oder eine Schaufel in der Hand gehabt haben.

Diese Aktion sei geeignet, das Saatgut zu verschwenden. Von Samenhandlungen sei berichtet worden, daß Damen gekommen seien, die für eine Fläche von 100 m² den Samen kiloweise gekauft haben. Die Folge sei, daß einzelne Handlungen ausverkauft und die Preise in die Höhe gegangen seien. Ein Ersatz sei unmöglich, die deutsche Ausfuhr für Gemüsesamen sei vollständig gesperrt. Es schein notwendig, Stellen zu schaffen, wo die Interessenten Auskunft und Belehrung erhalten und auch Vorträge abgehalten werden. Es sei beschlossen worden, in den

Bezirken XIII, XVI, XVII, XVIII, XIX und XXI solche Beratungsstellen zu schaffen. Tatsächlich sei es überall geschehen, mit Ausnahme des XIX. Bezirkes, weil dort die Schule der Frau Herzka bestehe, die jeden Sonntag unentgeltliche Demonstrationskurse veranstalte. Der Magistrat habe sich auch mit der Gartenbau-Gesellschaft ins Einvernehmen gesetzt. Diese sei bereit, obwohl ihr Personal durch Einrückungen sehr gekürzt ist, über alles Auskünfte zu geben und habe auch ein kleines Flugblatt verfaßt, das in vielen Exemplaren abgegeben wurde. Die Gemeinde Wien habe selbst 500 Exemplare einer Broschüre des landwirtschaftlichen Fachlehrers Berger-Fladnitz angekauft, die populär geschrieben ist, die an Schulen und Schrebergärtner zum Preise von nur 20 h verteilt wird. Die Abgabe von Saatkartoffeln erfolge nach Maßgabe des städtischen Vorrates. Vom Bürgermeister sei ein Durchschnittspreis festgesetzt worden, mit Rücksicht darauf, daß der Ankauf zu verschiedenen Zeiten vor sich gegangen sei. Zuerst sollen die Kriegsgemüsegärtner und die Schrebergärtner befriedigt werden. Es waren ursprünglich 60 Waggons in Aussicht genommen. Nachdem die Lobau statt 20 nur 8 bis 10 Waggons beansprucht, wird die Gemeinde in der Lage sein, größere Mengen Saatkartoffel auch sonst abzugeben; an die Polizei, die Militärverwaltung und auch an Private gegen Bezahlung der Selbstkosten. Die Stadtgarten-Direktion habe über Auftrag des Magistrates eine Anzucht von Gemüsesamen durchgeführt. In erster Linie für den eigenen Bedarf, dann auch für Schulen und Kriegsgemüsegärtner. Soweit dann noch Pflanzen übrig sind, können sie auch an Private abgegeben werden. Es soll unentgeltlich geschehen, denn die Pflänzchen kosten beinahe nichts und der Apparat würde mehr kosten als die unentgeltliche Abgabe. Nach der Verordnung des Ackerbauministeriums vom 3. März 1915 können brachliegende Grundstücke, auf denen der Besitzer bis 15. April keine Vorarbeiten gemacht hat, obwohl die Bodenfeuchtigkeit es gestattet hätte, von der Gemeinde mit Früchten, die der Nahrung von Tieren und Menschen dienen, bebaut werden. Machen die Gemeinde bis 23. April davon keinen Gebrauch, so könne die politische Bezirksbehörde auch einer Nachbargemeinde die Bebauung gestatten. Auch diese Verordnung, die auch von Erntekommissionen spricht, sei nur den ländlichen Bedürfnissen angepasst, für Wien von geringerer Wichtigkeit. Die Zahl der zum Anbau geeigneten Ländereien werde hier nach dem 15. April ziemlich gering sein, nachdem die größeren und öffentlichen Unternehmungen und Fabriksbesitzer ihre Gründe vielfach selbst bebauen oder ihren Angestellten überlassen. Natürlich werde sich noch eine Anzahl Gründe finden, bei denen die Bebauung, weil der Besitzer eingerückt ist oder das Personal oder die Bespannung mangeln, nicht entsprechend vorgenommen werde.

Der Magistrat beabsichtige, nach dem 15. April eine Revision dieser Gründe durchzuführen und die notwendigen Anträge zu stellen. Nach der „Wiener Zeitung“ habe das Eisenbahnministerium alle Flächen, nicht nur in Wien, sondern in der ganzen Monarchie, welche von ihm für spätere Erweiterungsbauten erworben wurden, zu Anbauzwecken zur Verfügung gestellt. Es stelle auch Düngemittel und Saatgut bei. Der Pachtzins sei gering. Das Hauptgewicht beruhe darauf, daß der Anbau auf dem flachen Lande in Gebieten, die bisher das Produktionszentrum für die Versorgung Wiens mit Gemüse und Kartoffel waren, möglichst vollkommen durchgeführt werde. Es